



"Vielfalt gemeinsam gestalten"

Eine Fachveranstaltung zur Umsetzung der UN –Behindertenrechts-Konvention im Kreistagssaal in Itzehoe am 3. November 2016

Wie können wir unser Zusammenleben so gestalten, dass alle Menschen die Möglichkeit zur selbstbestimmter, gleichberechtigter Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben haben?

Welche Strukturen und Gremien können unseren Kreis im Hinblick auf Inklusion voranbringen?

Zu diesen Fragen trafen sich über 60 Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung und Politik, von Verbänden und Organisationen am 3. November 2016 im Kreistagssaal in Itzehoe.

Initiator der vierstündigen Veranstaltung war der Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Dietrich Haerberlein, in Zusammenarbeit mit einer Vorbereitungsgruppe, bestehend aus Betroffenen, Angehörigen und Akteuren der Arbeit mit Menschen mit Behinderung sowie der Kreisverwaltung. Herr Stegemann, leitender Redakteur der Norddeutschen Rundschau in Itzehoe, moderierte den Abend.

Als Impulsgeber waren zwei Vertreter des Kreises Ostholstein eingeladen, die über ihre Erfahrungen im Rahmen der inklusiven Entwicklung des Kreises berichteten:

Dr. Matthias Badenhop, Fachbereichsleiter Soziales, Jugend, Bildung und Sport der Kreisverwaltung Ostholstein sowie Dr. Stefan Doose, Koordinierungsstelle Aktionsplan Inklusion im Kreis Ostholstein.

Die Begrüßungsworte sprach der 1. Stellvertretende Kreistagspräsident Volker Susemihl (SPD). Er betonte das Interesse an den Inhalten und deren Weitervermittlung in die Politik.



Im Anschluss daran führte Dietrich Haerberlein in das Thema ein, indem er betonte, dass „Vielfalt gemeinsam gestalten“ das „aktive Umsetzen der UN-Behindertenrechtskonvention“ (UN-BRK) bedeute. Der Begriff „Vielfalt“ sei in Itzehoe seit mehr als fünf Jahren mit inklusiven Aktivitäten verbunden.

So zum Beispiel bei dem traditionellen Fest „Vielfalt feiern“, initiiert durch die Projektwerkstatt Inklusion, oder im Rahmen der ersten auf den gesamten Kreis bezogenen Veranstaltung zur Lage der Umsetzung der UN-BRK "Vielfalt vereinen" im September 2015.

Über den kommunalen Tellerrand schauen

Herr Haeberlein begrüßte die Gäste aus Ostholstein und betonte dabei den Anlass dieser Veranstaltung: auf die Entwicklung im Kreis Ostholstein zu schauen, voneinander zu lernen und konkrete Schritte für die Entwicklung von Arbeitsstrukturen zur Planung der Umsetzung der UN-BRK im Kreis Steinburg abzuleiten.

Herr Dr. Badenhop und Herr Dr. Doose schilderten die Herangehensweise der kommunalen inklusiven Entwicklung ihrem Kreis.

(Der Powerpoint Vortrag ist diesem Bericht beigelegt.)

Sie begannen mit einem kurzen Einblick in die Chronologie des Prozesses:

Eine **vorbereitende Arbeitsgruppe** bestehend aus dem Landrat, Vertreter/innen der Verwaltung und Jugendhilfe sowie dem Beirat für Menschen mit Behinderung formulierte Eckpunkte und trug diese in den Hauptausschuss. Relevant waren dafür folgende Fragen: Wie lauten die konkreten Aufgaben für die Entwicklung eines Aktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK? Welche Strukturen sind für den Planungsprozess sinnvoll? Welche Kompetenzen sind notwendig? Mit welchen Akteuren soll Vernetzung angestrebt werden?

Am 19. März 2013 erfolgte **der politische Beschluss im Kreistag**. Darin wurde festgelegt, dass der Kreistag Ostholstein das Anliegen des Beirats für Menschen mit Behinderung unterstützt, einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK für den Kreis Ostholstein mit allen relevanten Gruppen und Personen zu entwickeln.

Der Kreistag begrüßte auch eine positive Stellungnahme des Landrats Ostholstein für das bei der „Aktion Mensch“ beantragte Projekt „**Ostholstein erlebbar für alle – bereit für Barrierefreiheit**“ in Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe. Er bat den Landrat, nach den Sommerferien 2013 zum Thema „**Erarbeitung eines regionalen Aktionsplanes**“ gemeinsam mit dem Beirat einzuladen. Im März 2014 ging der **Umsetzungsauftrag** an die Fachbereichsleitung Herrn Dr. Badenhop.

Am 9. Juli 2014 bildete sich eine **Arbeitsgruppe** zur Sichtung beispielhafter Aktionspläne und zur Einbindung der Leitungsebenen in der Verwaltung. Die Arbeitsgruppe bestand aus dem Beirat, Vertreter/innen aus der Politik sowie dem inzwischen aktiven Koordinator Dr. Stefan Doose.

Am 26. August 2014 beschloss der Hauptausschuss ein **Eckpunktepapier** zum Verständnis der Aufgaben, der Arbeitsstrukturen, zur Vernetzung und Beteiligung, zu den Inhalten und zum Zeitplan.

Am 23. Februar 2015 fand die **1. Inklusionskonferenz** mit sechs Themenbereichen statt. Durch die Weiterarbeit an den Themen an zahlreichen Orten in den Gemeinden des Kreises in den darauffolgenden Monaten konnten die Inhalte Stück für Stück entwickelt werden. Aus den jeweiligen Ergebnissen wurden Ziele, Maßnahmen und konkrete Schritte für den Aktionsplan abgeleitet.

Am 19. März 2015 wurde ein **Aktionstag „Inklusionsorientierte Verwaltung“** mit 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung und Expertinnen und Experten mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen aus dem Kreis durchgeführt. (In Augenschein genommen wurden Wartebereiche, Türwiderstände, Fahrstühle, Wegeleitsystem u.v.m.)

Bis zum Herbst 2016 entstand durch die redaktionelle Bearbeitung des Aktionsplans ein 70-seitiges Produkt. Quelle: www.kreis-oh.de/Soziales-Gesundheit/Aktionsplan-Inklusion

Am 22. November 2016 beschloss der Hauptausschuss einstimmig die **Verabschiedung des Aktionsplans**.

Im Frühjahr 2017 wird eine **Auftaktveranstaltung** für den nun bestehenden Aktionsplan stattfinden. (siehe Folie 18)

Inklusion ist ein langer Prozess. Konkretisieren und Priorisieren sind wichtig.

Zum Verständnis der „Aufgabe Inklusion“ formulierte Herr Dr. Badenhop, dass es sich um einen langfristigen, sich entwickelnden Prozess handle, bei dem **die Beteiligung** der Menschen mit Behinderungen sowie der Gesamtgesellschaft im Mittelpunkt stünden. Der **inklusive Prozess** betreffe alle Lebenslagen und sei von daher **als Querschnittsthema** anzuerkennen.

Es bedürfe aus seiner Sicht der klaren Benennung von Handlungsspielräumen mit rechtlicher und ressourcenorientierter Betrachtung. Natürlich seien akut viele Veränderungen auch eine Geldfrage. Doch es käme nicht in erste Linie darauf an, alle gegenwärtigen (um-)baulichen Herausforderungen anzugehen, sondern eher für zukünftige Planungen die Anforderungen der UN-Konvention aufzuzeigen (z.B. bei der Bebauung öffentlicher Plätze und Straßen) und möglichst praktisch umsetzbare Maßnahmen in den Blick zu nehmen: „Die Herausforderung eines Aktionsplanes auf Kreisebene besteht nicht so sehr in der Beschreibung allgemein anzustrebender Ziele, sondern vielmehr in der Priorisierung und Operationalisierung konkreter Maßnahmen.“

„Niemand soll sich überfordern. Wenn man realistisch erklärt, warum etwas nicht geht, ist das auch richtig. Doch 2021 festzustellen, dass 2022 alle Bushaltestellen barrierefrei sein sollen, ist sehr spät.“

Wichtig für die Umsetzung von Maßnahmen ist nach Auffassung beider Referenten, dass eine **inklusive Entwicklung die Unabhängigkeit von tagespolitischer Verfassung** brauche. Inklusion dürfe nicht von Zeitgeist abhängig sein, sondern sei ein Prozess von Dauer und Fortschritt, dessen Strukturen Nachhaltigkeit gewährleisten sollten.

Neben dem hohen Anspruch an eine breite Beteiligung sei die Gewährleistung von Evaluation bedeutsam - also eine Überprüfung und Bewertung des Prozesses hinsichtlich der Vorgehensweisen und Zielstellungen.

Inklusive Entwicklung hat vielfältige Motoren und Interessen.

Die Referenten betonten, dass die UN-Konvention für Menschen mit Behinderung eine Konkretisierung der allgemeinen Menschenrechte darstelle. (für Details siehe Folie 5 - 7). Seit dem 11. Dezember 2014 beinhaltet auch die Landesverfassung Schleswig-Holstein den Artikel 7 zu Inklusion: „Das Land setzt sich für die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung und ihre gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ein.“

Neben dieser gesetzlichen Grundlage als formalem Rahmen sei ein wesentlicher Zugang zur Beteiligungsbereitschaft die **gemeinsame Erörterung der Vorteile für Akteure** aus den verschiedenen Disziplinen (Sport, Kultur, Wirtschaft, Gesundheit etc.) gewesen. Sich für Inklusion zu engagieren berge auch die Chance, eigene (wirtschaftliche) Interessen wahrzunehmen. (Beispielsweise bezüglich der Gewinnung von Gästen oder Mitarbeiter/innen in der touristisch geprägten Region Ostholstein.)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Motive und Ziele von Personen und Institutionen, die sich an einem inklusiven Prozess beteiligen, transparent sein sollten. Offenheit in der Kommunikation ist dafür eine Grundlage.

Ziele für die Gesamtentwicklung des Kreises benennen und daraus Ziele für den Aktionsplan ableiten.

Herr Dr. Badenhop führte aus, Ostholstein solle eine Region werden, in der *alle* Menschen in ihrer Vielfalt als Bürgerinnen und Bürger, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gäste oder Kundinnen und Kunden willkommen sind und selbstverständlich ohne Barrieren am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Die Ziele des Aktionsplans stellen die **regionale Entwicklung** in den Mittelpunkt: Wie kann Ostholstein für Bürgerinnen und Bürger, für Touristen, also für alle erlebbar sein? Menschen mit Behinderung und ältere Menschen sollen eine adäquate Infrastruktur vorfinden.

Für den Kreis Ostholstein sei der Aktionsplan ein strategisch ausgerichtetes Handlungsprogramm auf Kreisebene, das für einen überschaubaren Zeitraum von vier Jahren formuliert sei.

Der Aktionsplan speist sich durch Lebensbereiche und Querschnittsthemen.

Herr Dr. Doose gab einen Einblick in die Organisation und Durchführung der Auftaktveranstaltung sowie der sechs Fachforen:

Die Kernaufgaben für die Realisierung der Foren lagen in der Verantwortung des Kreises, weitere Aufgaben wie z.B. die Impulsgebung für Aktivitäten im Kreis übernahm die Koordinierungsstelle „Aktionsplan Inklusion“.

Betroffene sowie Bürgerinnen und Bürger lieferten im Rahmen der Foren Informationen für die Betrachtung der Ausgangslagen. Die Kreisverwaltung wertete aus und gab Vorschläge für die weitere Bearbeitung, indem sie Ziele und Maßnahmen formulierte.

Je nach Ergebnislage übernahmen bereits gesellschaftliche Akteure (der Inklusionskommission) Anregungen und Ideen für ihre Organisationen oder Betriebe.

Bei der Bearbeitung der Ergebnisse aus den Fachforen stellte sich die Frage: **Wo betreffen diese Themen originäre Verwaltungsaufgaben und welcher Input von außen ist für welche Themen wichtig?**

Herr Dr. Doose empfahl für die Organisation dieser Veranstaltungen die **unterschiedlichen Zielgruppen und ihre Spezifika zu beachten** sowie den Zweck der Veranstaltungen deutlich zu machen - z.B. ob um es um Information, Austausch oder Erarbeitung gehe. Aus seiner Sicht sei es wichtig, sich für die Bearbeitung der Themen zwischen Foren oder Arbeitsgruppenstruktur zu entscheiden.

Die Foren in Ostholstein fanden in verschiedenen Gemeinden statt. Akteure, Betroffene sowie Bürgerinnen und Bürger wurden gezielt eingeladen. Dr. Doose betonte die Wichtigkeit von Impulsen „aus dem Kreis“ und „von außen“ für die Foren – auch, um zu vermeiden, „Dinge zu diskutieren, die nicht zu beeinflussen seien bzw. deren Zuständigkeit Andere haben“. Dennoch: Mit der Überzeugung „Ideen können wandern“, wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Foren auch ermutigt, Themen zu erörtern, die nicht den Kreis betreffen.

So haben sich auch Gemeinden im Laufe dieses Prozesses für die Entwicklung eines Aktionsplans auf kommunaler Ebenen entschieden.

(siehe Gemeinde Ratekau: www.kreis-oh.de/media/custom/2454_592_1.PDF?1476365500
siehe Stadt Heiligenhafen: www.kreis-oh.de/media/custom/2454_589_1.PDF?1476186880)

Die folgenden Themen wurden in sechs Foren erörtert:

- 1: Barrierefreie Infrastruktur (Öffentliche Räume, Mobilität, Kommunikation)
- 2: Barrierefrei Wohnen vor Ort mit inklusionsorientierten Unterstützungsdiensten (Assistenz, Pflege, Gesundheit)
- 3: Schule (allgemeinbildende und berufliche Schulen)
- 4: inklusive Bildung (Kita, Familienbildung)
- 5: Arbeit, Beschäftigung und der Übergang Schule-Beruf
- 6: Freizeit, Kultur, Sport, Tourismus

Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit/Gesellschaft war ein Querschnittsthema in allen Foren. Die Arbeit in den Foren unter Beteiligung vieler verschiedener Disziplinen glich nach Aussagen der Referenten einer „konstruktiven Lagebesprechung unter Gleich-gesinnten“.

Inklusion ist auch Arbeit an Haltung für die Zukunft.

„Wenn wir die UN-Konvention ernst nehmen, gibt es Dinge, die wir in fünf Jahren nicht mehr tun. Was genau werden wir in fünf Jahren nicht mehr tun?“

Herr Dr. Doose führte aus, dass in den Gesprächen zu gesellschaftlichen Perspektiven sich häufig die Gewohnheit von Menschen einstelle, zunächst darauf zu schauen, „was alles nicht geht“. Doch für ihn lautete die Frage nicht „Haben wir es bisher schlecht gemacht? sondern „**Wie können wir künftig zusammenleben?“**

Die Frage nach der Zukunft sei eine kulturelle Arbeit und brauche einen Prozess des sich Öffnens – und zwar „Öffnung des Denkens, des Herzens und des Wollens“.

„**Menschen brauchen das Gefühl, dass es richtig ist, sich auf den Weg zu machen – Menschen spüren, dass es wichtig ist.**“

Wenn (von der UN-BRK betroffene) Menschen mit Personen sprechen, mit denen sie normalerweise nicht miteinander in Kontakt kommen, kann ein Dialog entstehen – solange Vorurteile und vorgefertigte Denkmuster außen vor bleiben. Solche Gespräche seien keine oberflächlichen Prozesse sondern wirklich verändernde Aktivitäten.

„Man muss nicht immer einen fertigen Plan haben. Indem man etwas anders macht, es dadurch neu wird, fragt man sich: Warum haben wir das nicht schon längst so gemacht?“

„**Man kriegt manchmal Freunde, wo man es gar nicht erwartet.**“

Deutlich wird aus diesen Darstellungen der Referenten, dass für die Kommunikation über Erfahrungen und Bedürfnisse die persönliche Haltung wesentlich ist.
(siehe Folie 9)

Ein inklusiver Prozess braucht überzeugende Personen und passende Arbeitsstrukturen.

Dr. Badenhop beschreibt die Zuständigkeiten, die für die Umsetzung der Ziele und die Prozess-Steuerung geschaffen worden sind.

Koordinierungsstelle Aktionsplan Inklusion:

Finanziert wurde diese Stelle für drei Jahre durch einen Projektantrag der Lebenshilfe bei Aktion Mensch. Dr. Doose als externer Koordinator ist kein Mitarbeiter des Kreises sondern Lehrer an der beruflichen Schule in Ost-Holstein. Er verfügt über ein hohes Maß an Fach- und Methodenkompetenz und verkörpert einen hohen Grad an Neutralität. (Letzteres ist für die Beratung in den Kommunen sehr hilfreich.)

Zwei Verwaltungsmitarbeiterinnen unterstützen das operative Geschäft im Rahmen des Projektmanagements.

Zu den Aufgaben der Koordinierungsstelle gehören die inhaltliche Koordination, die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen, Gewinnung von Referenten, die Geschäftsführung, die redaktionelle Bearbeitung sowie die Steuerung von Prozessen innerhalb der Verwaltung.

Steuerungskreis:

Da Inklusion als Querschnittsaufgabe zu betrachten sei, brauche es alle Fachbereichsleitungen der Kreisverwaltung (inklusive Personal u. Organisation).

So sitzen im Steuerungskreis der Beirat für Menschen mit Behinderungen, die Projektmanagerin „Ostholstein, erlebbar für alle“ aus dem Projekt der Lebenshilfe, Koordinator Aktionsplan Inklusion sowie delegierte Vertretungen der kreisangehörigen Kommunen (Bürgermeister/innen).

„Für die Verwaltung war diese Zusammensetzung gemeinsam mit der Zivilgesellschaft ungewöhnlich. Zusammenarbeit muss man üben, das war nicht selbstverständlich.“

Inklusionskommission:

Mit über 30 gesellschaftlichen Akteuren aus Wirtschaft (Industrie, Handwerk) und Politik habe die Inklusionskommission ein breites Spektrum an Repräsentanten „gesellschaftlicher Lebenslagen“ abgedeckt.

Die Kommission hatte zum Ziel, zivilgesellschaftliche Akteure mit Menschen mit Behinderungen ins Gespräch zu bringen, Inklusion als Anliegen in die eigene Organisation zu vermitteln, Best-Practice-Beispiele hervorzuheben und als Partner verbindliche Beiträge im Rahmen des Aktionsplans zu leisten.

Zentrale Fragestellung lautete: **Wo ist eine Hürde? Wo können wir mit wenig Arbeit viel Verbesserung erreichen?** Was kann ein Mitglied der Kommission im Rahmen der eigenen Organisation, des eigenen Unternehmens tun?

Ein bedeutsamer Hinweis für die Strukturentwicklung im Kreis Steinburg aus Sicht der Referenten:

„**Wichtiger als die Struktur ist das Engagement: Wenn Akteure gesetzt sind, macht es Sinn um diese eine Struktur zu bauen, also die Strukturen um die Akteure herumzubauen.**“



V. l. n. r.: Dietrich Haerberlein, Herr Dr. Doose, Dr. Badenhop

Die Kommunen haben eine Schlüsselposition.

„**Ohne die Kommunen geht nichts.**“ ist die Überzeugung der beiden Referenten aus Ostholstein. „Wenn sich die Kommune entschieden hat, dann macht sie es auch – da gibt es eine Verbindlichkeit.“

Dr. Badenhop skizziert die Kommunen wie folgt: Kreis und Kommunen haben eine gemeinsame Verantwortung bezüglich diverser Handlungsfelder, ihrer Finanzierung und ihrer Verlässlichkeit. Die Kommunen haben gesetzlich normierte Aufgaben und eine hohe Verbindlichkeit der eigenen Beschlüsse durch ihre Selbstverwaltung. Sie seien in ihren eigenen lokalen Bezügen eigenständig, um für die Herausforderungen vor Ort Lösungen zu finden. Die Verbindlichkeit und Verlässlichkeit in den Kommunen entstehe durch Strukturen, Beschlüsse, Planungen und Ziele.

Die für die inklusive Entwicklung notwendigen Informationen aus den Gemeinden wurden in den Aktionsplan aufgenommen. Am Ende des Prozesses zur Erstellung des Aktionsplans fand ein gemeinsames Treffen mit den Kommunen statt.

Empfehlungen aus Ostholstein

Herr Dr. Badenhop und Herr Dr. Doose beendeten ihren Impuls mit wichtigen Hinweisen:

„Es gibt nicht nur einen richtigen Weg, der zum Ziel führt.“

„Es geht nicht darum, dass jemand etwas falsch gemacht hat, sondern dass wir die Aufgaben wahrnehmen und angehen.“

„Eine intensive Ausgangslagenbetrachtung ist notwendig.“

„Inklusion braucht verbindliche Kommunikation für Transparenz und zur Sensibilisierung.“ „Offenheit haben und um Offenheit werben.“ „sich gegenseitig informieren statt sich gegenseitig raushalten.“

„Es ist wichtig wach zu sein für die Gefahr vor Überinstitutionalisierung des Prozesses (zu viele Gremien etc.).“

„Zielgruppen und ihre Spezifika für alle Veranstaltungen beachten.“ „Den Zweck der jeweiligen Veranstaltung klären und transparent machen - z.B. ob es in einem Forum um Information, Austausch oder Erarbeitung geht.“

„Wichtig sein ein gemeinsames Ziel und das Agieren vor Ort.“

„Den Weg mit den Kommunen gemeinsam gehen.“

„Es läuft nur mit Verwaltung – nicht ohne sie.“

„Der redaktionelle Erstellungsprozess des Aktionsplans ist eine Kompetenz- und Kalkulationsgröße.“

„Demographischer Wandel ist eine mittelfristige Aufgabe und steht nicht am Ende.“

„Wenn keine Umbaumaßnahmen möglich sind, zumindest den Blick bei den künftigen Maßnahmen darauf richten.“

„Niemand soll sich überfordern.“

„Zufälle gehören dazu.“

Quelle zu den Aktivitäten in Ostholstein im Internet: www.kreis-oh.de/inklusion

Wir danken den Referenten Dr. Badenhop und Dr. Doose für ihre anschaulichen, tiefgehenden und für den Kreis Steinburg bedeutsamen Darstellungen.



Reaktionen der Gäste am Abend

„Dieser Abend war eine wichtige Hilfestellung auseinander zu dröseln. Mir wurde erst mal das schlecht Gewissen genommen, dass man nichts tut. Oft sind es ja die kleinen Schritte, die uns voranbringen.“

„Dieser Nachmittag war allemal ein Gewinn.“

„Eine Vielzahl der Kreistagsabgeordneten (im Kreis Steinburg) sind auch Gemeindevertreter. Darin liegt eine große Chance.“

„Mir ist deutlich geworden, wie wichtig unsere 106 Gemeinden sind.“

„Politik ist in ihrer Aufsichtsfunktion gefragt.“

„Man sollte auch bei sich selbst anfangen.“

„Man hat sich gar nicht getraut dafür zu sein.“

„Es geht darum gemeinsam eine gute Form zu finden, die zur speziellen Situation im Kreis passt.“



Ausblick

Im Januar 2017 tagt am Dienstag, dem 24. ab 14 Uhr bis ca. 16 Uhr die bisherige Vorbereitungsgruppe, um die Veranstaltung auszuwerten und das weitere Vorgehen abzustimmen. Hierzu sind weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer herzlich eingeladen (Anmeldung erbeten).

Vom 6. – 11. November 2017 statt findet unter dem Motto "Vielfalt leben" die "1. Steinburger Woche der Inklusion" statt.

Redaktion: Yvonne Vockerodt, Prozessbegleitung

V.I.S.D.P.: Dietrich Haerberlein

Kontakt: gemeinsam-in-steinburg@outlook.de

Kreis Steinburg, Dezember 2016